

# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640



Er scheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelabnahme 1 die Woche s. 10. 12. 500 Millionen, durch weitere Austräger eingetragen in der Stadt 520 Millionen auf dem Lande 530 Millionen, durch die Post monatlich ausförend. Alle Postanstalten und Postboten sowie andere Träger und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Raumzeile 20 Gelbfennig, die 3 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Gelbfennig, die 3 gespaltene Zeile im letzten Teile der Zeitung 50 Gelbfennig. Nachvollzugsgeld 20 Gelbfennig. Vergeltungsbekanntmachungen u. Privatveröffentlichungen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittag 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigeantrag ist zu belegen, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 146 — 1923 — 82. Jahrgang.

Donnerstag / Freitag 13. / 14. Dezember

## „Der starke Mann“.

Die „München-Augsburger Abendzeitung“ in München veröffentlicht unter dieser Überschrift einige Anregungen, die sie dem neuen Reichskanzler Dr. Marx bei seinem Regierungsantritt mit auf den Weg gab. Unter den sieben formulierten Forderungen, die sie an den „starken Mann“ richtete, befand sich auch diese:

„Er muß fordern eine Reform und Erweiterung der Strafgesetzgebung zur Sicherung der Währung und Wirtschaft gegen die verheerenden Einflüsse ohne Arbeitsäquivalent erwachsender materieller Gewinne.“

In einer ihrer letzten Nummern nimmt ein Leser der genannten Münchner Zeitung Veranlassung, auf diese Forderung etwas näher einzugehen. Wir wollen das, was der Einsender zu sagen hat, unsern Lesern nicht vorenthalten. Es hat nicht nur in Bayern Berechtigung. Auch im übrigen Reich hat der Verkehr der Banken mit ihrer Kundschaft und besonders mit der Geschäftswelt, die Kredit in Anspruch zu nehmen gezwungen war, Formen angenommen, die mehr als bloße Belästigungen darstellten. Der Einsender schreibt:

„In den letzten Wochen verlangten Banken für Leihkapital rund 8 Prozent Zinsen pro Tag; dazu die Aufwertung der geliehenen Summe bei fallender Mark auf Rückzahlungstag. Das Risiko einer Geldentwertung hat der Beliehene zu tragen, die Vorteile eines Markanstiegs aber die Bank sich ausdrücklich vorbehalten.“

Wenn daher ein Unternehmen wegen der Störungen im Geldumlauf beispielsweise auf zwölf Tage 10 000 Billionen Papiermark aufnehmen mußte, so hatte es hierfür bei gleichbleibendem Dollarkurs oder auch bei Besserung der Mark am Rückzahlungstage nahezu den gleichen Betrag als Zinsen an die Bank abzuführen.

Das Arbeitsäquivalent der 10 000 Billionen Zinsen ist aber, wenn sie für Lohnzahlungen verwendet werden, die industrielle Produktion von rund 200 Sacharbeitern während zwei Wochen.

Was steht dem als Gegenleistung der Banken gegenüber? Um die Löhne zu bezahlen, hat nun trotzdem wegen der großen Umlaufstörung im Geldverkehr der vergangenen Wochen Bankkapital zu den angegebenen Bedingungen aufgenommen werden müssen. In der Presse aller Färbungen wird das deutsche Volk zur Hilfe gegen die unbeschreibliche Not von Millionen Menschen aufgerufen, wird aufgerufen zur Steigerung der Produktion, und hier steht man, wie Geldinstitute die Produktion in erschreckendem Maße vertereuert haben, ohne nur irgendein finanzielles Risiko auf sich zu nehmen oder wirtschaftlich nennenswerte Gegenwerte zu schaffen.“

Ob im Vorgehen der Banken, wie es hier an Hand eines Beispiels treffend charakterisiert wird, infolge des langsamen Platzens der Festmark oder der inzwischen eingetretenen einseitigen Stabilität der Papiermark eine Aenderung in zwischen eingetreten ist, wurde bisher nicht bekannt. Wenn nicht, so ist sie aber nun wohl mit allem Nachdruck zu fordern. In gleicher Weise, wie dem Kaufmann und Gewerbetreibenden die sogenannte Risikoprämie nur in beschränktem Umfange zugestanden wurde, hätten auch die Banken sich mit gewissen Einschränkungen bescheiden müssen. Sie gingen aber soweit, in allen Fällen für sich aus jedem bankförmigen Geschäft unerbittlich hohen Nutzen zu ziehen, während sie jegliches Risiko auf den Kunden abzuwälzen wußten. Das ging denn doch zu weit. Die zunehmende Stabilität auf dem Geldmarkt, die dazu führte, dem Kaufmann das Ausschlagen jeglicher Risikoprämie auf die Waren zu verbieten, wird nun wohl auch die Banken zu einer Aenderung ihrer geschäftlichen Praktiken zwingen. Tun sie das nicht freiwillig, so müssen sie dazu gleichfalls gezwungen werden.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Das Reichskabinett hat der Reutrofung der Beamtenbesoldung zugestimmt.

\* Die Beschlüsse des Reichskabinetts zur Rheinlandsfrage sehen unmittelbar bevor.

\* Wie eine Berliner Korrespondenz von gut unterrichteter Seite noch erfahren haben will, soll trotz der vielen Denkmäler ein Angebot machender industrieller Kreise der Reichsbahnverwaltung in der Frage der Kreditbeschaffung gemacht worden sein.

\* Der Internationale Gewerkschaftsbund hat eine Eingabe an den Völkerverbundrat in Genf gesandt, in der auf die furchtbare Not in Deutschland hingewiesen und um Eingreifen ersucht wird.

\* Der Postfach hat in Österreich Telegramm- und Fernsprechverkehr, in Verbindung damit auch die Zollverwaltungen erlöst.

## Wirtschaftliche Notwendigkeiten.

Man muß jetzt alles, was geschieht, unter dem einen Gesichtspunkt betrachten, daß das Deutsche Reich, ebenso natürlich die Länder und Kommunen, fast völlig bankrott sind. Die Steuereinnahmen sind trotz der zahllosen Steuern,

## Fortdauernder Zusammenbruch der Sozialdemokratie.

Hamburg, 12. Dezember. Den weiteren Verfall der sozialdemokratischen Parteien meldet folgende Nachricht aus Hamburg: Die Hamburger Gewerkschaften haben angekündigt, daß sie sich politisch selbständig und von den bestehenden politischen Parteien unabhängig machen wollen. Den ersten Schritt auf diesem Wege soll die Herausgabe eines eigenen Organs bedeuten, das unter dem Titel „Der Vorwärts Groß-Hamburgs“ erscheint und die wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten vertreten soll.

### Schließung der Getreideschranken im rechtsrheinischen Bayern.

München, 12. Dezember. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Auf Grund einer Verordnung des bayerischen Gesamtministeriums hat der Generalkonsulskommissar ab sofort die Schließung sämtlicher Getreideschranken im rechtsrheinischen Bayern infolge der bisherigen ungünstigen Preisbildungen angeordnet. Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe in unbeschränkter Höhe und in einem Mindestmaß von 100 Goldmark bestraft, sowie der Getreidebestand und die Zahlungsmittel, mit denen gegen die Anordnung verstoßen wird, beschlagnahmt.

### Reichskanzler und Reichspräsident sprechen über die deutsche Presse.

Berlin, 11. Dezember. Die berufliche Ständevertretung der Berliner Redakteure und Journalisten aller Parteien, der Bezirksverband Berlin im Reichsverband der deutschen Presse, veranstaltet am kommenden Freitag, den 14. d. Mis., abends 7½ Uhr, im großen Sitzungssaal des Preussischen Landtags (Prinz-Albrecht-Straße) eine Kundgebung über das Thema: „Schicksalsfragen der deutschen Presse“. Dabei werden Reichskanzler Dr. Marx und Reichstagspräsident Löbe über die Bedeutung der Presse, Chefredakteur Adernann über soziale und berufliche Fragen des Redakteurstandes sprechen.

### Deutschlands finanzielle Gesundung (eine englische Äußerung).

London, 10. Dezember. „Daily Telegraph“ schreibt zu dem Steigen der Mark im Ausland: Unter den Finanzmännern der Entente herrsche die Ueberzeugung, daß der Währungsminister Dr. Schacht ein komplizierteres finanzielles Spiel mit beträchtlichem Scharfsinn erfolgreich anstrebe.

Man glaube, daß Dr. Schacht auf die automatische Stabilisierung der Mark im Verhältnis von einer Goldmark zu einer Billion Papiermark hinziele, indem er Bedingungen schaffe, unter denen der Handel in ausländischen Währungen von selbst ein solches Verhältnis aufrechterhalte.

die wir uns in den letzten 8 Jahren zugelegt haben, so gering — das ganze Ruhr- und Rheingebiet steuert ja nicht einen Pfennig —, daß der Staat auch seine Ausgaben auf ein Minimum reduzieren muß. Wir haben das alles freilich erst erkannt, als der Trillionenmel der Papiermark sank und nur der, ach so kargliche Goldkern dieser Papierfluten zum Vorschein kam.

Man ist infolgedessen dazu übergegangen, zunächst einen Etat in Goldmark aufzustellen, und hat dabei ein Defizit von 800 Millionen Goldmark herausgerechnet. Herausrechnen müssen, selbst bei ganz außerordentlich scharfen Abstreichungen an den Personal- und Sachausgaben. Wie nun aber dieses Defizit decken? Die Reichsregierung ist an die Rentenbank herangetreten, um von ihr einen weiteren Kredit — der sich in der Mehrausgabe von Rentenmarknoten geäußert hätte — über den ihr gemäß der Verordnung über die Rentenbank zustehenden zu erbitten. Die Rentenbank hat aber erklärt, daß sie gar nicht daran denke, einen Schuldner zu kreditieren, der mehr ausgedehnt, als er einnehme. Er solle wiederkommen, wenn er Ausgaben mit Einnahmen balanciert habe. Das war damals, als der Reichskanzler Dr. Stresemann in Hagen über die „inländische Finanzkontrolle“ durch die Rentenbank sprach. Nicht ganz mit Unrecht, aber dieses harte Vorgehen der Rentenbank ist der einzige, der letzte Damm dagegen, daß die Rentenbank nicht etwa auch den Weg der Papiermark wandelt.

Die Reichsregierung verliert und versucht nun, dieser Forderung der Rentenbank nachzukommen, und das ist die Ursache für den weiteren Abbau der Personalverwaltung nach der Zahl und, was ja jetzt Verzweiflung in die Reihen der Beamtenschaft brachte, nach der Ge-

Abgeben von der unmittelbaren Wirkung des Steigens der Mark, nämlich der Ermüdung des deutschen Volkes durch Verabsetzung der Preise, habe diese Politik eine weitere sehr heilsame Wirkung gehabt und kleinere Hamster, die jodiel dazu beigetragen hätten, die Mark zu schwächen, indem sie ihre Gewinne in auswärtige Währungen umsetzten, begannen Furcht zu empfinden. Ihr Schatz trage nicht nur keine Zinsen, sondern sei jetzt auch von der Entwertung bedroht. Wenn die Mark im Ausland steige, so könne sie auch in Deutschland steigen, und wenn sie sich zu lange an ihren Besitz klammerten, so könnten sie mehr verlieren als die Zinsen, auf die sie jetzt verzichteten. Infolgedessen begannen diese Leute bereits ihre auswärtigen Banknoten auszugeben und sie in Goldmark oder Goldanleihe umzutauschen. Dr. Schachts bisherige Erfolge an der Wiederherstellung des Hauptfordernisses zu einer Rückkehr der finanziellen Gesundung, nämlich des Vertrauens des deutschen Volkes zu seiner eigenen Währung, seien erstaunlich gewesen.

### Oberregierungsrat Rähjch des Dienstes enthoben.

Dresden, 12. Dezember. Wie nachstehende Meldung besagt, ist der Dresdner Polizeilandrat noch immer in der Zuchthaus: Vom Militärbefehlshaber des Reichsreislandkommandos 4 ist der Oberregierungsrat bei der Staatspolizeiverwaltung Rähjch bis auf weiteres vom Dienst enthoben worden.

### Keine Aufwertung der Reichsschulden.

Berlin, 10. Dezember. Das bekannte Urteil des Reichsgerichts in der Frage der Hypothekenaufwertung hat vielfach eine Auslegung erfahren, die zum Teil ganz die vorsichtigen Formulierungen des Reichsgerichts außer Acht läßt. Insbesondere ist auch die Meinung aufgekommen, daß infolge dieser Entscheidung auch die Schulden des Reichs und der Länder aus der Zeit des Krieges und der Vorkriegszeit aufgewertet würden. Damit wäre aber die Tragweite der Entscheidung bei weitem überschätzt. Es war voraussehen, daß insbesondere die Reichsfinanzverwaltung dieser Bewegung gegenüber nicht untätig bleiben würde. In der Tat scheint man auch im Reichsfinanzministerium Schritte zu planen, um ihr entgegenzutreten.

Eine Aufwertung der Reichsschulden und der Schulden der übrigen öffentlich rechtlichen Verbände dürfte unter keinen Umständen in Frage kommen.

Man glaubt aber auch, daß die private Wirtschaft einen derartigen Aufwertungsprozeß nicht vertragen könnte. Außerdem würde er auch mit stehenden Steuerplänen, insbesondere der beabsichtigten Mißsteuer in Konflikt geraten. Welche Schritte demgegenüber ergriffen werden, steht noch nicht fest.

haltshöhe. Die neuen Gehaltsätze, die vor einigen Tagen in die Öffentlichkeit gedrungen sind, bedeuten ja Gehälter, die wirklich zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind. Sofort hat eine gewaltige Protestaktion eingelebt, aber das Kabinett hat am Montag in fünfstündiger Sitzung die letzten, etwas günstigeren vom Reichsfinanzministerium gemachten Vorschläge zum Beschluß erhoben. Für die unteren Beamtenklassen bedeutet das einen Gehaltsabbau auf 70, für die mittleren auf 50 und für die oberen auf 40 % des Friedensgehaltes.

Diese Verordnung, die lediglich die Abänderung von bisherigen Gesetzen über die Gehaltsregelung ist, wird natürlich, weil nicht unter das Ermächtigungsgesetz fallend, dem Überwachungsanschuß des Reichstages nicht unterbreitet werden. Anders ist es dagegen über neue Beamtenabwahrerordnungen, die jenem Ausschuß vorgelegt werden müssen, und die vermutlich noch weitergehend sind als die schon veröffentlichten.

Auf der einen Seite also schärfste Gehaltskürzung und Entlassung, auf der anderen aber macht die langsam genommene Preissteigerung schon wieder Halt; diese leichte Preislenkung, die keineswegs sich mit der Ausschüttung des Papiermarkwährungsrisikos deckt. Während infolge des Stuns der Papiermark die Preise oft täglich um ein Vielfaches hinausgeschoben wurden, geht man jetzt nur ganz langsam daran, etwas abzubauen. Noch immer stehen die Preise der notwendigsten Lebensmittel — abgesehen von Getreide und Kartoffeln — nicht nur nicht mehr auf dem Friedensstand, sondern meist auf dem doppelten und dreifachen des Jahres 1913.